

## **Statement des GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne für die PK am 18. Juli 2007: „Angriff aus dem Netz – neue Formen der Gewalt gegen Lehrkräfte“**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Neu ist es nicht, sich über Lehrerinnen und Lehrer lustig zu machen, mit ihnen zuweilen üble Scherze treiben zu wollen. Jede und jeder mag sich an seine eigene Schulzeit erinnern.

Neu sind aber die - dank der neuen Technik - neuen Möglichkeiten.

Seit einiger Zeit ist es relativ einfach möglich, über Internet an eine unübersehbar große und nicht begrenzbar Menge Menschen eine Person mit - obendrein manipulierbaren - Bildern und Videoveröffentlichungen anonym diffamieren zu können. Und das ist möglich, ohne dass die Betroffenen davon Kenntnis haben.

Das ist eine enorme kulturelle Veränderung, auf die die Gesellschaft nicht vorbereitet ist. Was darf man und was nicht? Wo hört der Spaß auf?

Noch vor zwanzig Jahren war die Publizität von konkreten Lehrerschelten begrenzt auf die Auflagenhöhe der Schülerzeitung und, was noch wichtiger ist, sie sind von einer konkret erkennbaren Person in Szene gesetzt worden.

Jetzt gibt es ganz neue Möglichkeiten, die nicht von einem gesellschaftlich entwickelten und anerkannten Verhaltenskodex begleitet werden und für deren Anwendungen es oft genug keine klaren gesetzlichen Regelungen gibt.

Daran wollen wir etwas ändern.

Die GEW hat daher gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei und des Berufsverbandes deutscher Psychologinnen und Psychologen die Initiative ergriffen.

Es geht um eine neue gesellschaftliche Aufgabe, die niemand im Vorbeigehen mal eben lösen kann. Es geht um einen Verhaltenskodex und klare gesetzliche Regelungen zum Schutz vor Mobbing im Internet oder per Handy.

Das ist in der Tat zu allererst ein Problemfeld, das sich den Bildungseinrichtungen stellt, die dafür eingerichtet und ausgerüstet sein müssen, um die nötigen Gespräche, Diskussionen und Verständigungen mit Sachverstand und Ruhe führen zu können.

Zentral dabei ist, den gelungenen oder misslungenen Scherze und erst recht den gezielten Diffamierungen Stimme, Gesicht und Namen geben zu können.

Jugendliche müssen erkennen können und die Politik hat sicherzustellen, dass jede und jeder vor anonymen Diffamierungen und Beleidigungen im Internet geschützt wird. Hier sind insbesondere die Betreiber von Internetplattformen gefordert, die bei Zuwiderhandlungen durch gesetzliche Bestimmungen schadensersatzpflichtig sein müssen.

Diese neue Form von Gewalt ist ein internationales Phänomen. Auf den Gewerkschaftstagen unserer britischen Partnergewerkschaften z.B. spielte dieses Thema eine große Rolle.

Gut, dass es einen internationalen Zusammenschluss von Bildungsgewerkschaften gibt, die sich gegenseitig über ihre Erfahrungen und Lösungsansätze austauschen. Dazu wird der Kongress der Bildungsinternationale (BI) in der nächsten Woche in Berlin eine gute Möglichkeit sein.